

Die letzte Woche.

Des Wahlkampfes letzte Woche vor dem entscheidungsbollen nächsten Sonntag hat begonnen. Abweichend von der bisherigen Verbotspolitik sind in ihr auch wieder Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel nach zuvoriger Anmeldung gestattet. Die Agitation für und gegen Hindenburg und die anderen Kandidaten wird nun ihren Höhepunkt erreichen, nachdem sie sich bisher, soweit der Kampf gegen Hindenburg geführt wurde, vornehmlich in Tiefpunkten, in Gefährlichkeiten, unglaublichen Lügen und Verleumdungen bewegt hat. Manche dieser „Mitterlichkeiten“ haben wir hier angebracht, aber es waren doch nur wenige von vielen. Und wir glauben auch nicht mehr daran, daß die Nationalsozialisten ihre Tonart ändern werden. Die ausgezeichnete Antwort, die der Reichsinnenminister Dr. Goerner auf Hitler's jüngst dem Auslande bekannt gegebenen Brief an den Reichspräsidenten gegeben hat, wird den forsch Fanatikern, die das dritte Reich, egal wie, erstürmen wollen, in ihrer robussten Art vermittl'ich wenig Gedanken machen. Wenn wir aber den Höhepunkt in dieser Woche erwarten, so meinen wir darunter vor allem, daß der bestgeeignete Kämpfer für Hindenburg in die Arena treten wird: Reichsfinanzler Dr. Brüning.

Wo nur immer bisher eine Kundgebung für die Wiederwahl Hindenburgs stattgefunden hat, da ist sein Wunsch, daß der Wahlkampf anständig und sachlich geführt werde, respektlos behandelt worden. Und davon wird auch in dieser letzten Woche nicht abgewichen werden, jedenfalls nicht von denen, die dem Zentrum und den Mitgliedern der Reichsregierung nahesteht. Von diesen haben bereits der Reichsverkehrsminister Trevelyan und der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in den Wahlkampf eingegriffen. Ersterer sprach in mehreren Orten der Provinz Hannover und in Ludwigshafen, dieser gestern in der Dampfschiffahrt.

In dieser Provinz sollte so möchte man meinen, die Waffn Hindenburg, ihres Verehrers, eine ganz besondere Selbsterhöhdlichkeit sein, aber leider ist es so, daß dort führende Männer des Adels, an der Spitze Graf Hintenstein, der erste Vorsitzende der „Landesabtheilung Ostpreußen der deutschen Adelsgenossenschaft“, in deren Namen wie in seinem eigenen zum Kampfe gegen Hindenburg aufgerufen hat. Sollte man in Ostpreußen Lannenberg schon vergessen haben? Eine Frage, die auch Reichsminister Dietrich aufwarf, als er in seiner Rede in Königsberg sagte: Sollte man nicht erwarten dürfen, daß Ostpreußen, das Land seiner Heimat, das er befreit hat von dem russischen Einfall, das er mitant an dem ganzen deutschen Volke bis zum letzten Bauern in den Alpen oder im Schwarzwald zu verteidigen gelonnen ist, daß dieses Ostpreußen ihm da Gefolgshaft leistet? Aber mit Dietrich möchten wir doch auf diese Frage antworten, daß die Mehrheit der ostpreussigen Wähler nicht Hitler oder Dührberg, sondern Hindenburg wählen wird. So schnell vergißt denn doch eine Bevölkerung, die die Invasion russischer Heere erlebt hat, nicht den Mann, dem sie ihre Rettung verdankt und der auch noch als Reichspräsident sich ihrer ständig aufs wärmste angenommen hat.

Der Reichskanzler spricht in dieser Woche fünfmal, am Montag in Köln, am Dienstag in Düsseldorf, am Mittwoch in Dortmund und dann noch an zwei weiteren Tagen in Berlin und Breslau. Der Andrang zu diesen Versammlungen wird nach unseren Erfundigungen ganz gewaltig sein; der Verkauf der Karten beweist es, die im Sandbudenreih abgesetzt waren. Allerdings wird man es nicht fertig bringen, in die Versammlungsräume doppelt soviel Menschen hineinzubringen, als tatsächlich hineingebracht werden können. Diese Spezialität der nationalsozialistischen Zeitungen, die aus 10 000 mindestens 20 000 machen, wird man bei den Kundgebungen, in denen Grüne sprechen wird, in der Berichterstattung nicht nachahmen. Wir werden den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen, sondern uns am Tatsächlichen halten. Nur das ist des Mannes würdig, dessen Wahl wir und mit uns sicher die Mehrheit des deutschen Volkes erhoffen.

falsche Behauptungen über Prälat Kass.

:: Berlin. 6. März

Die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ Nr. 57 a vom 4. März 1932 stellt die Behauptung auf, Prälat Kaas habe in einer Rede für die Hindenburgwahl die Parole ausgegeben: „Der Feind steht rechts.“ Das Blatt richtet jedoch an den Herrn Reichspräsidenten die Frage, was er dazu sage, daß „also auch der Zentrumsführer die Kandidatur Hindenburg zu einer Kampfkandidatur gegen rechts und zu einer Rettungssaktion für die bisherige Politik der Weimarer Koalition abstempfe.“

Diese Meldung der „Münchener Augsburger Abendzeitung“, sowohl der Prälat Raas untergeschobene Sag wie die daran geknüpfte Schlussfolgerung, ist von A bis Z frei erfunden und dient dem Zweck, die Kandidatur des Herrn Reichspräsidenten zu diskreditieren. Auf der von der „Münchener“

Lugsburger Abendzeitung" erwähnten Versammlung der Berliner Zentrumsparlei hat Prälat Kaas eine Rede gehalten, deren Wortlaut veröffentlicht wurde und der damit auch jedem Verbreiter bewußter oder unbewusster Zusammenstellungen zugänglich ist. In seiner Rede hat Prälat Kaas weder wörtlich noch dem Sinne nach den ihm untergeschobenen Satz aufgestellt; er hat vielmehr von der Reichspräsidenten-

kandidatur Hindenburg gerade die Freiheit von jeder parteipolitischen und koalitionsmäßigen Bindung gefordert, wie sie der Herr Reichspräsident für seine Wiederaufstellung selbst reklamiert hat. Es heißt in der Rede von Dr. Raas: „Wir haben niemals daran gedacht, den Herrn Reichspräsidenten, lei es vor, lei es nach der Wahl, eine koalitionspolitische Synthese aufzuzwingen. Der höchste Repräsentant des Reiches soll frei sein. Er soll

frei sein vor der Wahl, in der Wahl und nach der Wahl."

In den Verleumdungen, die gegen den Prälaten Kaas seit langem ausgekreut werden und die sich jetzt wieder häufen, liegt System. Es geht den Verbreitern solcher Behauptungen um die Niederringung der Zentrumsparthei und ihres Führers Kaas. In diesem Kampfe steht man selbst vor Ehrabschneidungen und Verleumdungen nicht zurück.

Attentat auf deutschen Botschaftsrat in Moskau.

Durch Revolverschüsse verletzt.

◆ Moskau, 5. März.

Auf den Votchschrater bei der heutigen Votfschaft in Moskau von Twardowski wurde heute um 14,10 Uhr ein Anschlag verübt. Votfschrater von Twardowski wurde durch einen Streichschuß am Halse und durch einen Stedtschuß in die linke Hand verletzt, der auch einen Knochenbruch zur Folge hatte. Im ganzen wurden aus Herrn von Twardowski vier Schüsse abgegeben. Sein Befinden ist nach den Umständen befriedigend. Der Täter, der von Angestellten der staatlichen politischen Verwaltung sofort entwaffnet und verhaftet werden konnte, nennt sich Judas Mironowitsch Stern. Die staatliche politische Verwaltung hat sofort die Untersuchung über die Hintergründe der Tat aufgenommen.

Herr von Twardowski begab sich vom Tatorz zum Kremi-
Spital, wo ihm ärztlicher Beistand zuteil wurde. Der
Kriegsverwundete Augenkommissar Akefinski und der
Leiter des Departements für Zentral-Europa im Augen-
kommissariat trafen im Krankenhaus ein und sprachen
mit dem dort befindlichen deutschen Botschafter von Ders-
sow und Botschafter von Twardowski ihr Bedauern
aus.

Der Hergang des Anschlags

◆ Moskau, 5. März.

Zu dem Anschlag, der heute auf Volkstheaterstr. von Twardowski, als er sich im Dienstwagen auf dem Weg von der Volkstheater zu seiner Wohnung befand, verübt wurde, wird noch bekannt: Als der Wagen infolge Verkehrsstörung an einer Straßenecke hielt, trat, der Attentäter von hinten heran und gab durch das verschlossene Verdeck drei Schüsse auf Twardowski ab. Die erste Kugel traf die linke Halsseite, die zweite traf die linke Hand, durchschlug drei Mittelfingerknochen und blieb im Handrücken stecken. Twardowski fielen sich nach den ersten zwei Schüssen auf den Boden gestürzt, sodah die folgenden zwei Schüsse fehlgingen. Der Täter versuchte, einen fünften Schuß abzugeben, warf aber, als der Revolver verlagte, diesen zur Seite und ließ sich widerstandslos verhaften.

Twardowski erhielt in einer benachbarten Apotheke die erste Hilfe und wurde Johann ins Kremi-Krankenhaus gebracht, wo die erste ärztliche Hilfe durch medizinische Autoritäten sofort zur Stelle war. Die unergütlich vorgenommene Röntgenaufnahme ergab komplizierte Knochenpflitterung der drei Mittelfingerhandgelenke, eine gewisse Verletzung von Komplikationen ist durch die Tatsache bedingt, daß gleichzeitig mit der Kugel Stoffteile vom Autopolster in die

Der französische Plan für die Donauländer.

Beteiligung Deutschlands erwünscht.

Ueberreichung einer französischen Denkschrift in Berlin.

+ Berlin, 5. März.

Der französische Botschafter gab heute dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Erklärungen über die französischen Absichten betr. Hilfsmaßnahmen für die Donau-Länder und überreichte ihm ein Aide-mémoire, in dem die Erwägungen der französischen Regierung über die Möglichkeiten einer Ueberwindung der im Südboten Europas bestehenden wirtschaftlichen Notlage niedergelegt sind. Dieselbe Rücksicht, die ebenso wie die deutschen Erwägungen von den Vorarbeiten des Finanzausschusses des Völkerbundes ausgeht, ist auch den anderen interessierten Großmächten in diesen Tagen überreicht worden. Sie will nicht als ein fertiger Vorschlag angesehen werden, sondern als Betrachtungen über die einzuschlagenden Wege und über die gegebenen Möglichkeiten. Der französische Botschafter brachte den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck, daß Deutschland sich an den Arbeiten zur Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen Organisation für den Südboten Europas beteiligen möge.

Plan zum Wiederaufbau ohne Deutschland durchzuführen. Die Schaffung von Vorzugszöllen steht nunmehr im Vordergrund der Lösungsmöglichkeiten, wenn gleich in zweiter Linie wahrscheinlich aus das Mittel der Kontingentverträge in der einen oder anderen Form angewendet werden dürfte, um die Sanierung in Mitteldeutschland zu sichern.

Die französische Anleihe an die TschechoSlowakei.

× Paris, 5. März.

Die Kammer hat heute vormittag mit 325 gegen 20 Stimmen, bei etwa 250 Enthaltungen, das Abkommen vom 20. Januar zwischen der französischen und der tschechoslowakischen Regierung zur Gewährung einer 600 Millionen Franken-Anleihe an die Tschechoslowakei angenommen.

Im Namen der Radikalen kritisierte der Abg. Léon Mayer, daß der französische Staat bei dem Abkommen die Rückzahlung übernehme, falls die tschechoslowakische Regierung verfahe. Es sei auch erstaunlich, daß die französischen Banken sich zuerst geweigert hätten, die Operation durchzuführen, was darauf schließen lasse, daß die von der Tschechoslowakei gegebenen Garantien nicht ausreichten.

Ministerräsidenten Kardien führte zur Begründung der Ansicht, daß die Deutschland habe wegen der Haltung, die die Tschechoslowakei in der Anschließfrage eingenommen habe, gegen die Tschechoslowakei Repressalien zu ergreifen, sondern die Tschechoslowakei eine zukünftige Stabilität zu verschaffen. Sie wolle ausländische Anleihen von 1923 und 1924, die zu acht Prozent aufgelegt worden seien, konsolidieren. Die französischen Banken hätten mit der Tschechoslowakei ein Abkommen abgeschlossen, als die Bankentriebe die Banken veranlaßte, zu gründen zu bitten. Es sei falsch, zu behaupten, daß die Bank von Frankreich ihren Bestand vermindert habe. Am 1. November d. J. habe Brand durch einen Brief das Hilfsprogramm der Tschechoslowakei betont, damit diese ihren Einfluß in Mitteleuropa behahre. Wenn für die Anleihe nur eine Garantie zweiten Ranges in Frage komme, so deshalb, weil die englische und amerikanische Anleihe von 1923 und 1924, die die Bankente ersten Ranges im Anspruch genommen hätten, die Tschechoslowakei heute im Zentrum der kleinen Entente, die Initiative, er habe im Genf festgelegt, daß sie ihre Aktion getreu in der Übernehmung mit Frankreich in den Dienst einer solideren und stabileren Organisation des Friedens stelle. In Genf wolle man das Vertrauen wiederherstellen. Das Vertrauen werde in Mitteleuropa nicht ohne die Tschechoslowakei wiederhergestellt werden.

Das Attentat auf den Vizebotschafter Dr. von Twardowski ruft die Erinnerung wach an die Ermordung des deutschen Gesandten Graf Wrzasa, der bekanntlich der erste Diplomat war, der nach der Beendigung des Krieges mit Rußland dorthin zur Vertretung der deutschen Interessen gesandt wurde. Seine Ermordung führte bekanntlich dazu, daß die eben aufgenommenen Beziehungen wieder abgebrochen wurden.

Welche Motive der Student Stern hatte, der auf Dr. von Thadowitz geschossen hat, darüber scheint mehrnächstgerneise noch Dunkel zu herrschen. Auch wenn er den Vossfaksatz mit dem Vossfaksater von Dirschen verwechselte haben sollte, fehlt es noch an einer Erklärung für den Anschlag, da doch die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin bisher in keiner Weise gespannt waren und es insbesondere nichts Erkennbares von nationalitätlicher Natur gibt, was zu diesem Verbrechen Anlaß gegeben haben könnte. An die Tat eines Geisteskranken zu denken, liegt darum nahe.

Gefordert werden muß selbstverständlich, daß eine strenge Unteruchung Klarheit in die Angelegenheit bringt. Erst danach wird man dazu Stellung nehmen können, ob es genügt, daß dem Täter, wenn er als zurechnungsfähig anzusehen ist, der Prozeß gemacht wird, oder ob darüber hinaus noch in Moskau Schritte diplomatischer Art unternommen werden müssen. *

Die polnischen Drohungen gegen Danzig und Ostpreußen.

◇ Berlin, 5. März.

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen hat der Reichsregierung folgende, vom Provinzialausschuß der Provinz Ostpreußen in seiner Sitzung vom 19. Februar d. J. gefasste Entschließung mitgeteilt:

„Bei einer Feier polnischer Studenten in Danzig am 2. Februar haben Vertreter polnischer Zivil- und Militärbehörden Reden

